

Antragsteller: OV Neckarbischofsheim

Empfänger: SPD-Fraktion im Bundestag und SPE-Fraktion im Europaparlament.

Wir fordern die Fraktion auf, so schnell wie möglich dafür zu sorgen, daß die Rahmenbedingungen (Steuer-, Sozial-, Arbeitsrecht-, und Umweltschutzgesetze) in der EU harmonisiert werden.

Es muß sofort eine der Liste der Unternehmen erstellt werden, die über diesen Mindeststandards produzieren. Die Einhaltung dieser Standards muß jährlich von kompetenten Organisationen z.B. Gewerkschaften, Verbraucher-, Sozial-, und Umweltverbänden überprüft werden.

Bis dieses Ziel erreicht ist, hat die Liste aus Unternehmen zu bestehen, die entsprechende ISO-Zertifikate besitzen.

Eine 2.Liste muß es für Produkte geben, die nicht in der EU hergestellt werden. Aber die unter Mindeststandards in ihren Ländern produziert werden. Die sie von den Gewerkschaften und Organisationen wie GEPA oder Transfair bestätigt bekommen.

Begründung:

Um den Arbeitsplatzabbau in den letzten Jahren, vor allem in unserer Region zu stoppen. Insbesondere der Abzug in Billiglohnländer, in denen Produkte z.B. mit Kinderarbeit hergestellt werden. Daß dieses faire Angebot genutzt wird, sieht man an diversen Investmentgesellschaften, die nur sozial und umweltfreundlich produzierende Firmen in ihr Portofolio aufnehmen. Überprüft wird das von einem unabhängigen Gremium.

Diese Fonds liegen sowohl bei der Rendite, als auch bei der Anzahl der Abschlüsse in der internationalen Spitzengruppe.